

Syngenta exportiert über 10'000 Tonnen in Europa verbotene «Bienenkiller»

Das globale Geschäft mit sogenannten Neonicotinoiden, – «Bienenkiller»-Insektiziden, die in der EU und der Schweiz verboten wurden, weil sie zum dramatischen Rückgang der Bestäuber beitragen – floriert weiter. Das ist das Ergebnis einer neuen Recherche von Public Eye und der britischen NGO Unearthed, die auf durch das Öffentlichkeitsrecht zugänglich gemachten Daten von EU-Behörden basiert. Demnach wurden 2021 mehr als 13'000 Tonnen dieser Bienenkiller-Insektizide für den Export aus 13 verschiedenen EU-Ländern angemeldet; fast 10'500 Tonnen (80%) allein vom Schweizer Chemieriesen Syngenta. Dabei handelt es sich um Insektizide auf der Basis des Nervengifts Thiamethoxam, die auch in Monthey im Wallis gemischt werden, wo der Basler Konzern sein weltweit grösstes Produktionszentrum hat. Da Neonicotinoide in der Schweiz keiner Ausfuhrmeldepflicht unterliegen

und sich so, wie Dutzende andere aus unserer Landwirtschaft verbotene Substanzen, jeglicher Kontrolle entziehen, lässt sich die aus der Schweiz exportierte Menge nicht ermitteln. Dokumente verschiedener EU-Länder und der Europäischen Chemikalienagentur zeigen jedoch, dass 2021 thiamethoxamhaltige Produkte die Schweiz passierten – und vermutlich anschliessend von der EU aus in Drittländer weitergeschickt wurden. Die meisten Neonicotinoid-Exporte aus der EU waren 2021 für Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen mit hoher Artenvielfalt wie Brasilien, Argentinien, Südafrika, Ghana und Indonesien bestimmt.

Mehr Infos:



Nestlé-Produkt trägt zur illegalen Abholzung von Regenwald bei

Seit einigen Jahren verkauft der Schweizer Nahrungsmittelriese Nestlé den Nahrungsmittelzusatz «Vital Proteins», der gegen Falten im Gesicht helfen und für glänzende Haare und starke Nägel sorgen soll. Das Produkt, das von US-Filmstar Jennifer Aniston beworben wird, besteht aus Kollagen, einem Protein, das aus der Haut von Rindern gewonnen wird. Eine neue Recherche zeigt nun, dass das Kollagen im Nestlé-Produkt teilweise bis zum umstrittenen brasilianischen Agrarkonzern Marfrig zurückverfolgt werden kann. Die Rinder seien auf Farmen gezüchtet worden, welche für den Verlust von 2600 km² Regenwald verantwortlich sind. Marfrig steht zudem in der Kritik, weil seine Zulieferer für die Rinderzucht immer wieder die Landrechte der indigenen Bevölkerung verletzen.



Mehr Infos:



NZZ am Sonntag, 21. Mai 2023



Bild: Human Rights Watch

Gold aus Problem-Minen landet in der Schweiz

Die NZZ am Sonntag berichtete Ende Mai über einen schweren Brand in der peruanischen Goldmine Yanacuihua, bei dem 27 Arbeiter ihr Leben verloren. Alleinabnehmerin des Goldes ist die Schweizer Raffinerie Metalor. In der Schweiz wurde die Mine in den letzten Jahren als Vorzeigeprojekt für den verantwortungsvollen Kleinbergbau vermarktet: So ist die Mine Yanacuihua Teil der sogenannten Swiss-Better-Gold-Initiative, die vom Seco mit rund 18 Millionen Franken gefördert wird.

Leider ist der tödliche Brand nicht der einzige Fall, der kürzlich erneut Zweifel an den brancheneigenen Nachhaltigkeitsversprechen aufkommen lässt: So veröffentlichte die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch Ende April eine bedrückende Recherche, in deren Zentrum die Schweizer Goldraffinerie Argor-Heraeus steht. Über ein Jahrzehnt lang bezog sie Gold aus einer äthiopischen Mine, die die Umwelt mit Schwermetallen und den hochgiftigen Substanzen Arsen und Cyanid verseuchte. Die Umweltvergiftung führte bei der Bevölkerung zu Krankheiten, Fehlgeburten und Behinderungen bei Neugeborenen. Auch Argor-Heraeus konnte mehrere brancheneigene Nachhaltigkeitszertifikate vorweisen, obwohl die Raffinerie trotz Medienberichten und anhaltender Proteste jahrelang keine Massnahmen ergriff, um die Situation um die Goldmine zu verbessern.



Mehr Infos:

Impressum

Dieses Infoblatt wird von der Koalition für Konzernverantwortung publiziert und informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Die Koalition für Konzernverantwortung vereint über 80 Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Entwicklungsorganisationen.

KOALITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG
Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern

031 390 93 36

info@konzernverantwortung.ch, www.konzernverantwortung.ch



KONZERN- VERANTWORTUNG

Infoblatt für Parlamentarier/-innen
Sommer-session 2023

INTERNATIONAL

- EU-Parlament stimmt deutlich für Konzernverantwortungsrichtlinie
- EU beschliesst Importverbot für Entwaldungsprodukte
- UNO-Verhandlungen gehen in nächste Runde

SCHWEIZ

- Breite Allianz für Konzernverantwortung in Basel und Genf

HANDLUNGSBEDARF

- Syngenta exportiert «Bienenkiller»
- Nestlé-Produkt trägt zu Regenwald-Abholzung bei
- Gold aus Problem-Minen landet in der Schweiz



EU-Parlament stimmt deutlich für Konzernverantwortungsrichtlinie

In der EU wird zur Zeit eine Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) erarbeitet. Diese will grosse EU-Konzerne dazu verpflichten, Menschenrechte und Umweltstandards entlang ihrer Wertschöpfungskette einzuhalten und die CO²-Emissionen zu reduzieren. Eine Aufsichtsbehörde kontrolliert, ob die Pflichten eingehalten werden und kann bei Verstössen umsatzabhängige Bussen aussprechen. Konzerne sollen zudem für Schäden haften, die sie durch mangelnde Sorgfalt direkt oder indirekt, etwa durch ihre Tochterfirmen und Zulieferer, (mit)verursacht haben.

Nachdem im Dezember 2022 bereits der EU-Ministerrat der Richtlinie im Grundsatz zustimmte, hat nun am 1. Juni 2023 auch das EU-Parlament deutlich für die Richtlinie gestimmt. Das Parlament will bei den im Sommer anstehenden Trilogverhandlungen mit dem EU-Ministerrat und der EU-Kommission noch zahlreiche Verschärfungen am Kommissionsvorschlag erwirken: So sollen alle Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden und 40 Millionen Umsatz (und nicht erst ab 500 Mitarbeitenden/150 Mio. Umsatz), sowie auch der Finanzsektor erfasst werden.

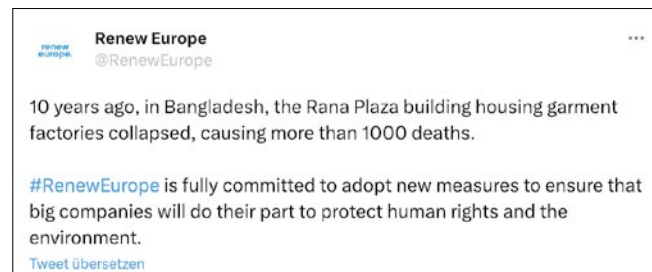
Die geforderten Verschärfungen an der Konzernverantwortungsrichtlinie wurden im EU-Parlament von einer breiten Allianz aus Liberalen (RENEW), einem Teil der Christdemokraten (EPP) und den linken Fraktionen (S&D, Greens, Left) getragen.

Im Vorfeld des Parlamentsentscheids äusserten sich zudem zahlreiche EU-Konzerne wie ALDI, MARS, IKEA oder Unilever positiv zum geplanten EU-Gesetz und forderten, dieses noch in verschiedenen Punkten zu verschärfen. Als nächsten Schritt stehen nun über den Sommer die Trilog-Verhandlungen an, die voraussichtlich im dritten oder vierten Quartal 2023 abgeschlossen werden. Sobald das EU-Gesetz im Winter 2023 oder Frühjahr 2024 verabschiedet wird, haben die EU-Staaten zwei Jahre Zeit, um es in ihren nationalen Gesetzen umzusetzen.

Mehr Infos:



Die Fraktion der liberalen Parteien im EU-Parlament (RENEW) hat das vorgeschlagene EU-Gesetz massgeblich mitgeprägt und sich für ambitionierte Verpflichtungen für die EU-Konzerne eingesetzt.



39 Grosskonzerne, Investoren und Verbände aus dem EU-Raum wandten sich mit einem Business-Statement an die EU-Parlamentarier:innen. Sie forderten, die EU-Regulierung so eng wie möglich mit den «soft law»-Standards der UNO und OECD abzugleichen.

Breite Allianzen für Konzernverantwortung in Basel-Stadt und Genf

Die Koalition für Konzernverantwortung prüft aktuell neben einer neuen nationalen Volksinitiative auch kantonale Volksinitiativen in verschiedenen Kantonen. Mitte Mai fanden in Basel und Genf zwei Fachtagungen statt, an denen der Initiativtext einer möglichen kantonalen Konzernverantwortungsinitiative einem Publikum aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorgestellt wurde.

Mit einer kantonalen Konzernverantwortungsregulierung könnten Basler Konzerne verpflichtet werden, Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten. Eine Aufsichtsbehörde würde dies überprüfen und könnte bei Verstössen Bussen verhängen. Eine solche Regulierung würde es dem vernetzten Wirtschaftsstandort Basel erlauben, international Schritt zu halten und gleichzeitig den Druck für eine harmonisierte nationale Regelung erhöhen. An der Tagung referierte eine Vertreterin des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über das Deutsche Lieferkettengesetz sowie die EU-Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD). Im Anschluss diskutierten verschiedene Vertreter:innen der Basler Politik, warum die Initiative sinnvoll wäre.

Im Kanton Genf besteht die Chance, mit einer kantonalen Regulierung einen grossen Teil des Schweizer Rohstoffhandelsplatzes, der regelmässig wegen problematischen Geschäften in der Kritik steht, zum verantwortungsvollen Wirtschaften zu verpflichten. Nach einer Begrüssung durch den ehemaligen Finanzvorsteher David Hiler und einem Referat von Rechtsprofessor Nicolas Bueno fand auch an der Fachtagung in Genf eine Podiumsdiskussion mit Vertreter:innen aus Politik und Wirtschaft statt.

Im Herbst wird die Koalition für Konzernverantwortung – abhängig vom EU-Prozess und der politischen Ausgangslage im Bundeshaus – den Entscheid fällen, ob die kantonalen Initiativen oder eine neue nationale Initiative lanciert werden.



Kaspar Müller (ehem. Ethos-Stiftung), Kathrin Amacker (Die Mitte), Elias Schäfer (FDP) und Sarah Wyss (SP) diskutieren über die Vorteile einer kantonalen Konzernverantwortungsinitiative in Basel.



Der Manager Jean-François de Saussure, Jonathan Normand (BLab Switzerland), Lisa Mazzone (Grüne), Bertrand Buchs (Die Mitte) und Aurélien Barakat (GLP) diskutieren an der Fachtagung in Genf gemeinsam, weshalb es beim Thema Konzernverantwortung nun vorwärts gehen muss.

EU beschliesst Importverbot für Entwaldungs-Produkte

Anfang Juni 2023 tritt die neue EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Produkten in Kraft. Die Verordnung verbietet es, Produkte wie Rindfleisch, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja, Holz oder Kautschuk auf dem EU-Markt zu verkaufen, wenn deren Produktion zur Abholzung von Wald geführt haben.

Firmen, die entsprechende Produkte in der EU verkaufen möchten, sind dazu verpflichtet, eine Sorgfaltsprüfung durchzuführen. Die Länder müssen in der Umsetzung die Höchststrafen bei mindestens 4 % des Jahresumsatzes der jeweiligen Unternehmen in

der EU festsetzen, höhere Strafen bleiben möglich. Die Entwaldungs-Verordnung ist nur eine von mehreren Regulierungen, die aktuell in der EU geplant werden: Neben der übergeordneten Konzernverantwortungsrichtlinie (siehe Text links) sind auch noch Importverbote für problematische Batterie-Bestandteile und Zwangsarbeits-Produkte geplant.



Mehr Infos:

Die Schweiz muss in die UNO-Verhandlungen eintreten

Ende Oktober findet die 9. Verhandlungsrunde zum UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten statt. Gegenwärtig laufen die vorbereitenden inter-sessionalen Konsultationen zum Abkommenstext, dessen überarbeitete Fassung im Sommer erscheinen wird. Während immer mehr Staaten aktiv an den Verhandlungen teilnehmen, ist die Schweiz weiterhin nur als passive Beobachterin angemeldet. Anders die EU: Der Rat der EU beschloss im Februar: «Die EU wird [...] sich aktiv in die Beratungen der UN über ein rechtsverbindliches Instrument für Wirtschaft und

Menschenrechte einbringen». Bei der letzten Session sind die USA aktiv in die Verhandlungen eingetreten. Statt weiterhin abseits zu stehen, sollte sich die Schweiz endlich ebenfalls mit einem Mandat an den Verhandlungen beteiligen.

Mehr Infos:



Support for alignment of the CSDDD with the international standards on sustainability due diligence